

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1976

Ausgegeben am 21. April 1976

46. Stück

- 144.** Kundmachung: Ablaufen des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Vereinigten Königreichs über Luftverkehrslinien zwischen ihren Gebieten und darüber hinaus
- 145.** Kundmachung: Inkrafttretensdatum des Übereinkommens über die Verminderung der Fälle mehrfacher Staatsangehörigkeit und über die Militärdienstpflicht in Fällen mehrfacher Staatsangehörigkeit samt Anlage und Vorbehalt der Republik Österreich sowie Interpretative Erklärung
- 146.** Kundmachung: Erklärung Schwedens zu Art. 5 des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen
- 147.** Kundmachung: Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über das Verfahren zur Festlegung von Tarifen für den Fluglinienverkehr
- 148.** Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Bulgarien über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse
(NR: GP XIV RV 35 AB 91 S. 16. BR: AB 1465 S. 348.)
- 149.** Abkommen zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und der Regierung der Republik Malawi andererseits über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich
- 150.** Abkommen zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und dem Minister für Handel der Arabischen Republik Ägypten andererseits über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich

144. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 16. März 1976 über das Ablaufen des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Vereinigten Königreichs über Luftverkehrslinien zwischen ihren Gebieten und darüber hinaus vom 27. Oktober 1956

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Vereinigten Königreichs über Luftverkehrslinien zwischen ihren Gebieten und darüber hinaus, BGBl. Nr. 232/1956, in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 421/1973 läuft gemäß seinem Artikel 12 am 19. März 1976 aus.

Häuser

145. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 24. März 1976 betreffend das Inkrafttretensdatum des Übereinkommens über die Verminderung der Fälle mehrfacher Staatsangehörigkeit und über die Militärdienstpflicht in Fällen mehrfacher Staatsangehörigkeit samt Anlage und Vorbehalt der Republik Österreich sowie Interpretative Erklärung

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarates ist das Übereinkommen über die Verminderung der Fälle mehrfacher Staatsangehörigkeit und über die Militärdienstpflicht in Fällen mehrfacher Staatsangehörigkeit samt Anlage und Vorbehalt der Republik Österreich sowie Interpretative Erklärung, BGBl. Nr. 471/1975, für Österreich nicht am 31. August 1975, sondern erst am 1. September 1975 in Kraft getreten.

Kreisky

146. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 31. März 1976 betreffend eine Erklärung Schwedens zu Art. 5 des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarates hat Schweden am 30. Jänner 1976 folgende Erklärung zu Art. 5 des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. Nr. 41/1969, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 569/1975) hinterlegt:

„Schweden zieht seinen allgemeinen Vorbehalt zu Art. 5 des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen zurück und erklärt sich bereit, die in diesem Artikel vorgesehene Rechtshilfe in dem im Folgenden bezeichneten Umfang zu leisten.

Wenn jemand verdächtig oder angeklagt ist, in einem Vertragsstaat eine strafbare Handlung begangen zu haben, die nach dem Strafrecht dieses Staates zu ahnden ist, oder wenn jemand wegen einer solchen strafbaren Handlung verurteilt worden ist, dann können sowohl Gegenstände wie auch Akten und Schriftstücke, die sich in Schweden befinden, beschlagnahmt und dem fremden Staat übergeben werden, wenn vernünftige Gründe für die Annahme bestehen, daß die Gegenstände, Akten oder Schriftstücke für die Untersuchung der strafbaren Handlung von Bedeutung sein können, oder daß sie jemandem auf Grund der strafbaren Handlung entzogen worden sind. Für die Durchsuchung von Gegenständen, bezüglich deren ein Beschlagnahmebeschluß erlassen worden ist, kann eine Hausdurchsuchung vorgenommen werden.

Für die Erledigung von Rechtshilfeersuchen betreffend eine Beschlagnahme oder Hausdurchsuchung wird Schweden verlangen

- a) daß die dem Rechtshilfeersuchen zugrunde liegende strafbare Handlung nach schwedischem Recht auslieferungsfähig ist; und
- b) daß die Erledigung des Rechtshilfeersuchens mit dem schwedischen Recht vereinbar ist.

Auf die von Schweden zu Art. 2 des Übereinkommens gemachten Vorbehalte wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.

Das Rechtshilfeersuchen muß Angaben über den Namen, die Staatsangehörigkeit und den Wohnsitz der betroffenen Person, über die gesuchten Gegenstände, die Art sowie Zeit und Ort der Begehung der strafbaren Handlung und über die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen im ersuchenden Staat enthalten. Es muß auch der Wortlaut dieser Bestimmungen übermittelt werden.

Wenn im ersuchenden Staat bereits ein Urteil ergangen ist, muß dem Rechtshilfeersuchen eine Ausfertigung dieses Urteils angeschlossen werden. Wenn dies nicht der Fall ist, müssen die Gründe des Verdachts oder der Anklage und die privatrechtlichen Ansprüche, sofern solche geltend gemacht worden sind, im einzelnen angeführt werden.

Wenn es erforderlich ist, können die schwedischen Behörden den ersuchenden Staat um zusätzliche Angaben ersuchen.“

Kreisky

147. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 31. März 1976 betreffend den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über das Verfahren zur Festlegung von Tarifen für den Fluglinienverkehr

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) haben folgende weitere Staaten ihre Beitritts- bzw. Ratifikationsurkunde zum Internationalen Übereinkommen über das Verfahren zur Festlegung von Tarifen für den Fluglinienverkehr (BGBl. Nr. 153/1971, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 20/1973) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitritts- bzw. Ratifikationsurkunde:
Italien	20. Jänner 1976
Zypern	26. Oktober 1973

Kreisky

148.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

A B K O M M E N

zwischen der Republik Österreich und der
Volksrepublik Bulgarien über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse

Die Republik Österreich und die Volksrepublik Bulgarien,

vom Wunsche geleitet, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet der Wissenschaft und des Bildungswesens zu entwickeln,

und der Jugend beider Staaten freien Zugang zu den geistigen Gütern der beiden Staaten zu gewähren,

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

1. Jeder der beiden Vertragsstaaten erkennt für die Zulassung zu den in seinem Gebiet gelegenen Universitäten die Gleichwertigkeit der im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausgestellten Zeugnisse an, deren Besitz für den Inhaber die Voraussetzung für die Zulassung zu den entsprechenden Anstalten des Landes, in dem diese Zeugnisse ausgestellt wurden, bildet, sofern der Inhaber an einer Universität des Landes, in welchem das Zeugnis ausgestellt wurde, für ein ordentliches Studium registriert ist.

In den beiden Vertragsstaaten sind für die Zulassung zu den einzelnen Studienrichtungen beziehungsweise Fachrichtungen die Vorschriften jenes Vertragsstaates anzuwenden, in dem diese Zulassung beantragt wird.

2. Die Zulassung zu den einzelnen Universitäten erfolgt nach Maßgabe der verfügbaren Plätze.

Artikel 2

Die Vertragsstaaten werden einander innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Abkommens schriftliche Mitteilung über die zur Durchführung der Bestimmungen des vorstehenden Artikels getroffenen Maßnahmen zukommen lassen.

Artikel 3

In diesem Abkommen bedeutet:

- a) der Ausdruck „Zeugnis“ alle Zeugnisse, Bescheinigungen oder sonstige Urkunden — ohne Rücksicht auf die Form der Ausstel-

С П О Г О Д Б А

Между Република Австрия и Народна република България за еквивалентността на зрелостните свидетелства

Република Австрия и Народна република България,

водени от желанието да развият сътрудничеството между двете страни в областта на науката и образованието, с цел да улеснят свободния достъп до духовните ценности на младежта от двете страни,

се договориха за следното:

Член 1

1. Всяка от двете договарящи страни признава за прием в разположените на своята територия университети, еквивалентността на издаваните на територията на другата договаряща страна свидетелства, които са предпоставка за техните притежатели за приемане в съответните учебни заведения на страната, в която са издадени тези свидетелства, доколкото притежателите им са регистрирани в университет за редовно следване в страната, в която е издадено свидетелството.

В двете договарящи страни при приемането по отделните учебни направления, респективно специалности ще се прилагат предписанията на всяка договаряща страна, в която се кандидатствува за прием.

2. Приемането в отделните университети ще става съобразно с наличните учебни места.

Член 2

Договарящите страни ще си изпратят в течение на годината след влизането в сила на настоящата спогодба писмени съобщения за предприетите мероприятия за изпълнение на решенията по горния член.

Член 3

В настоящата Спогодба:

- a) изразът «Свидетелство» означава — всички свидетелства, удостоверения или други документи, независимо от формата на изда-

lung oder Registrierung —, die dem Inhaber beziehungsweise dem Beteiligten das Recht verleihen, seine Zulassung zu einer Universität zu verlangen;

- b) der Ausdruck „Universitäten“:
- i) die Universitäten;
 - ii) die Institute, denen von dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet sie gelegen sind, Hochschulcharakter zuerkannt wird.

Artikel 4

Für die Beratung aller Fragen, die sich aus diesem Abkommen ergeben, und sonstiger Fragen der Gleichwertigkeit im Universitätsbereich, wird eine Ständige Expertenkommission eingesetzt werden, die aus je drei von jedem der beiden Vertragsstaaten zu ernennenden Mitgliedern bestehen wird. Die Liste der Mitglieder wird dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Wege übermittelt werden. Jeder der beiden Vertragsstaaten kann Berater beiziehen. Die Ständige Expertenkommission wird auf Wunsch eines der Vertragsstaaten, jedoch mindestens einmal jährlich, zu einer Sitzung zusammentreten. Der Tagungsort wird jeweils vereinbart werden.

Artikel 5

1. Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt sechzig Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

2. Dieses Abkommen wird auf unbegrenzte Dauer geschlossen. Es kann jederzeit von einem der Vertragsstaaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Die Kündigung tritt ein Jahr nach Einlangen der Notifikation beim anderen Vertragsstaat in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die gefertigten Bevollmächtigten das vorliegende Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Sofia, am 14. Mai 1975 in zwei Urschriften in deutscher und bulgarischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise verbindlich sind.

Für die Republik Österreich:
Agstner m. p.

Für die Volksrepublik Bulgarien:
N. Papasov m. p.

ване или регистрация, които дават право на притежателите им респективно заинтересованите да кандидатствуват за приемане в университет;

б) изразът «Университети» означава:

- университетите;
- институтите, на които от договарящата страна, на чиято територия са разположени, се признава характер на висше учебно заведение.

Член 4

За обсъждане на всички въпроси, които възникват от настоящата Спогодба, както и други въпроси на еквивалентността в областта на университетите, ще бъде назначена постоянна експертна комисия, която ще се състои от по трима члена от всяка от двете договарящи страни. Списъкът на членовете ще бъде предоставен на другата договаряща страна по дипломатически път. Всяка от двете договарящи страни може да привлече и съветници. Постоянната експертна комисия ще се събира на заседание по желание на едната от договарящите страни, но все пак най-малко веднъж годишно. Мястото на заседанието ще бъде съответно договаряно.

Член 5

1. Настоящата Спогодба подлежи на ратификация и влиза в сила шестдесет дни след размяната на ратификационните документи.

2. Настоящата Спогодба се сключва за неограничен срок. Тя може по всяко време да бъде денонсирана от една от договарящите страни писмено по дипломатически път. Денонсирането влиза в сила една година след постъпването на нотата при другата договаряща страна.

За удостоверяване на настоящето надлежно упълномощените подписаха настоящата Спогодба и я скрепиха с печат.

Изготвена в София на 14 май 1975 г. в по два оригинала на български и немски език, при което и двата текста са еднакво задължаващи.

За Република Австрия:
Agstner m. p.

За народна Република България:
N. Papasov m. p.

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 3. März 1976 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 5 Abs. 1 am 2. Mai 1976 in Kraft.

Kreisky

149.

A g r e e m e n t

between the Federal Minister of Trade, Commerce and Industry and the Federal Minister of Finance of the Republic of Austria, on the one hand,

and the Government of the Republic of Malawi, on the other hand,

regarding the recognition of Certificates of origin and of the handicraft production of goods for the purpose of importation into Austria duty-free or at reduced rates of duty

Article 1

The Government of the Republic of Malawi herewith certifies that the Malawi Chamber of Commerce and Industry is authorized to issue Certificates of origin and of the handicraft production of goods for the purpose of importation into Austria duty-free or at reduced rates of duty.

Article 2

(1) Notwithstanding the provisions of paragraph (2), the form and the substance of Certificates of origin and of the handicraft production of goods shall conform to the Form A used for the purposes of the Generalized System of Preferences.

(2) The Certificates shall contain the following additional statements:

- a) Additional declaration by the exporter (in box 7 of the said form):
"All the above goods are handicraft products."
- b) Certification by the authorized agency mentioned in Article 1 above (in box 4 of the said form):
"It is hereby certified, on the basis of verifications carried out, that the goods described in this Certificate are handicraft products according to the Agreement between Austria and Malawi.

Place and date, signature and stamp of certifying agency"

(3) Handicraft products are understood to mean goods which are produced mainly by hand or by using exclusively hand- or foot-driven machines or tools only. The utilization of machine-made raw materials, in principle, does

(Übersetzung)

A b k o m m e n

zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits

und der Regierung der Republik Malawi andererseits

über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich

Artikel 1

Die Regierung der Republik Malawi bestätigt, daß zur Ausstellung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich die Kammer für Gewerbe und Industrie Malawi ermächtigt ist.

Artikel 2

(1) Die Zeugnisse über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung entsprechen — vorbehaltlich der Bestimmungen des Abs. 2 — nach Inhalt und Form dem für Zwecke des Allgemeinen Präferenzsystems verwendeten Formblatt A.

(2) Die Zeugnisse enthalten folgende zusätzliche Feststellungen:

- a) Zusätzliche Erklärung des Ausführers (in Spalte 7 des genannten Formblattes):
„Alle oben genannten Waren sind handwerklich hergestellte Waren.“
- b) Bescheinigung der im Artikel 1 genannten ermächtigten Stelle (in Spalte 4 des genannten Formblattes):
„Hiemit wird auf Grund der durchgeführten Kontrollen bescheinigt, daß die in diesem Zeugnis beschriebenen Waren handwerklich hergestellte Waren gemäß dem Abkommen zwischen Österreich und Malawi sind.“

Ort und Datum, Unterschrift und Stempel der bescheinigenden Stelle"

(3) Als handwerklich hergestellte Waren werden Waren verstanden, die überwiegend von Hand oder nur unter Verwendung von ausschließlich durch Hand- oder Fußantrieb bedienten Maschinen oder Geräten hergestellt worden

not exclude handicraft products from benefits accorded by Austrian law.

Article 3

The Minister responsible for Trade, Industry and Tourism in Malawi shall notify each change with regard to the Malawi Chamber of Commerce and Industry as mentioned in Article 1 to the Federal Minister of Finance of the Republic of Austria.

Article 4

The Controller of Customs and Excise in Malawi shall render administrative assistance to the Austrian authorities, upon their request, in verifying the authenticity and accuracy of Certificates.

Article 5

This Agreement shall enter into force ten weeks after signature; it shall be concluded for a period of two years. Its validity shall be extended annually without further procedure for the period of another year, unless either Contracting Party gives to the other a six months' written notice through diplomatic channels of its intention to terminate this Agreement.

DONE in two originals in the English language.

For the Federal Minister of Trade, Commerce and Industry of the Republic of Austria:

Dr. Rudolf Willenpart
Director

For the Federal Minister of Finance of the Republic of Austria:

Dr. Franz Manhart
Director

Vienna, 19 December 1975

For the Government of the Republic of Malawi:

E. C. I. Bwanali
Minister of Trade, Industry and Tourism
Blantyre, 15 February 1976

sind. Die Verwendung von maschinell erzeugten Rohmaterialien schließt grundsätzlich handwerklich hergestellte Waren von den nach österreichischem Recht eingeräumten Begünstigungen nicht aus.

Artikel 3

Der Minister für Handel, Industrie und Tourismus wird jede Änderung bezüglich der im Artikel 1 genannten Kammer für Gewerbe und Industrie Malawi dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich bekanntgeben.

Artikel 4

The Controller of Customs and Excise in Malawi leistet bei der Prüfung der Richtigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Zeugnisse den österreichischen Behörden über deren Ersuchen Verwaltungshilfe.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt zehn Wochen nach Unterzeichnung in Kraft; es wird auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen. Seine Gültigkeit verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, sofern sie nicht durch eine der Vertragsparteien sechs Monate vor Ablauf der Frist schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

GESCHEHEN in zwei Urschriften in englischer Sprache.

Für den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie der Republik Österreich:

Dr. Rudolf Willenpart
Ministerialrat

Für den Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich:

Dr. Franz Manhart

Wien, 19. Dezember 1975

Für die Regierung der Republik Malawi:

E. C. I. Bwanali
Minister für Handel, Industrie und Tourismus
Blantyre, 15. Feber 1976

Das Abkommen tritt gemäß seinem Artikel 5 am 25. April 1976 in Kraft.

Kreisky

150.

Agreement

between the Federal Minister of Trade, Commerce and Industry and the Federal Minister of Finance of the Republic of Austria, on the one hand,

and the Minister of Trade of the Arab Republic of Egypt, on the other hand,

regarding the recognition of Certificates of origin and of the handicraft production of goods for the purpose of importation into Austria duty-free or at reduced rates of duty

Article 1

The Ministry of Trade of the Arab Republic of Egypt herewith certifies that the Public Organization for Exports and Imports Control is authorized to issue Certificates of origin and of the handicraft production of goods for the purpose of importation into Austria duty-free or at reduced rates of duty.

Article 2

(1) Notwithstanding the provisions of paragraph (2), the form and the substance of Certificates of origin and of the handicraft production of goods shall conform to the Form A used for the purposes of the Generalized System of Preferences.

(2) The Certificates shall contain the following additional statements:

a) Additional declaration by the exporter (in box 7 of the said form):
"All the above goods are handicraft products."

b) Certification by the authorized agency mentioned in Article 1 above (in box 4 of the said form):

"It is hereby certified, on the basis of verifications carried out, that the goods described in this Certificate are handicraft products according to the Agreement between Austria and Egypt.

Place and date, signature and stamp of certifying agency"

(3) Handicraft products are understood to mean goods which are produced mainly by hand or by using exclusively hand- or foot-driven machines or tools only. The utilization of machine-made raw materials, in principle, does not exclude handicraft products from benefits accorded by Austrian law.

(Übersetzung)

Abkommen

zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits

und dem Minister für Handel der Arabischen Republik Ägypten andererseits

über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich

Artikel 1

Das Ministerium für Handel der Arabischen Republik Ägypten bestätigt, daß zur Ausstellung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich die Public Organization for Exports and Imports Control ermächtigt ist.

Artikel 2

(1) Die Zeugnisse über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung entsprechen — vorbehaltlich der Bestimmungen des Abs. 2 — nach Inhalt und Form dem für Zwecke des Allgemeinen Präferenzsystems verwendeten Formblatt A.

(2) Die Zeugnisse enthalten folgende zusätzliche Feststellungen:

a) Zusätzliche Erklärung des Ausführers (in Spalte 7 des genannten Formblattes):
„Alle oben genannten Waren sind handwerklich hergestellte Waren.“

b) Bescheinigung der im Artikel 1 genannten ermächtigten Stelle (in Spalte 4 des genannten Formblattes):

„Hiemit wird auf Grund der durchgeführten Kontrollen bescheinigt, daß die in diesem Zeugnis beschriebenen Waren handwerklich hergestellte Waren gemäß dem Abkommen zwischen Österreich und Ägypten sind.“

Ort und Datum, Unterschrift und Stempel der bescheinigenden Stelle"

(3) Als handwerklich hergestellte Waren werden Waren verstanden, die überwiegend von Hand oder nur unter Verwendung von ausschließlich durch Hand- oder Fußantrieb bedienten Maschinen oder Geräten hergestellt worden sind. Die Verwendung von maschinell erzeugten Rohmaterialien schließt grundsätzlich handwerklich hergestellte Waren von den nach österreichischem Recht eingeräumten Begünstigungen nicht aus.

Article 3

The Ministry of Trade of the Arab Republic of Egypt shall notify each change with regard to the Public Organization for Exports and Imports Control as mentioned in Article 1 to the Federal Minister of Finance of the Republic of Austria.

Article 4

The Public Organization for Exports and Imports Control shall render administrative assistance to the Austrian authorities, upon their request, in verifying the authenticity and accuracy of Certificates.

Article 5

This Agreement shall enter into force six weeks after signature; it shall be concluded for a period of two years. Its validity shall be extended annually without further procedure for the period of another year, unless either Contracting Party gives to the other a six months' written notice through diplomatic channels of its intention to terminate this Agreement.

DONE at Vienna this 12 March 1976 in two originals in the English language.

For the Federal Minister of Trade, Commerce and Industry of the Republic of Austria:

Dr. Gerhard Waas
Counsellor

For the Federal Minister of Finance of the Republic of Austria:

Dr. Franz Manhart
Director

For the Minister of Trade of the Arab Republic of Egypt:

Omar Sirry
Ambassador

Artikel 3

Das Ministerium für Handel der Arabischen Republik Ägypten wird jede Änderung bezüglich der im Artikel 1 genannten Public Organization for Exports and Imports Control dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich bekanntgeben.

Artikel 4

Die Public Organization for Exports and Imports Control leistet bei der Prüfung der Richtigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Zeugnisse den österreichischen Behörden über deren Ersuchen Verwaltungshilfe.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt sechs Wochen nach Unterzeichnung in Kraft; es wird auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen. Seine Gültigkeit verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, sofern sie nicht durch eine der Vertragsparteien sechs Monate vor Ablauf der Frist schriftlich auf diplomatischem Weg gekündigt wird.

GESCHEHEN in Wien, am 12. März 1976 in zwei Urschriften in englischer Sprache.

Für den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie der Republik Österreich:

Dr. Gerhard Waas
Sektionsrat

Für den Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich:

Dr. Franz Manhart
Ministerialrat

Für den Minister für Handel der Arabischen Republik Ägypten:

Omar Sirry
Botschafter

Kreisky